



Gabriele Hiller-Ohm

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete für den Wahlkreis 11:
Lübeck, Sandesneben und Berkenthin

Große Burgstraße 51, 23552 Lübeck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227 - 73 514
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
www.hiller-ohm.de

Pressemitteilung

25.04.2018

Hiller-Ohm begrüßt beschlossene Rentenerhöhung und fordert weitere Verbesserungen

Gute Nachrichten für über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner: Die Bundesregierung hat heute beschlossen, die Renten zu erhöhen. Zum 1. Juli 2018 wird die Rente in Westdeutschland um 3,22 Prozent und in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent steigen. Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts erreicht der Rentenwert im Osten ab 1. Juli 95,8 Prozent des Westwerts. Bis spätestens 2024 sollen die Renten in den alten und neuen Bundesländern dann gleich hoch sein.

Die für Lübeck, die Ämter Berkenthin und Sandesneben sowie Neumünster zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm erklärt dazu: „Wir werden die Weichen dafür stellen, dass Renten auch künftig weiter zügig steigen. Deshalb machen wir eine Politik für eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - denn nur mit einem hohen Beschäftigungsstand und guten Löhnen gibt es auch eine gute Rente. Dazu haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt.“

Durch die Einführung der Brückenteilzeit können berufstätige Eltern Familie und Beruf künftig besser unter einen Hut bringen und geraten nicht in die Teilzeitfalle. Das bedeutet ein Lohnplus auf dem Gehaltskonto und später auf dem Rentenkonto. Hiller-Ohm, die diese Woche auch im Deutschen Bundestag zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsrechts sprechen wird, teilt weiter mit: „So wie wir mit dem gesetzlichen Mindestlohn die Einkommensentwicklung insgesamt verbessert haben, wollen wir auch die Situation von Berufsstartern weiter verbessern und eine Mindestausbildungsvergütung einführen.“

Auch die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Älterer werden verbessert. „Wir sorgen dafür, dass Geringqualifizierte umfangreicher weitergebildet werden als bisher, um dem Fachkräftemangel beizukommen und die Einkommenssituation dieser Menschen zu verbessern“, so die Arbeits- und Sozialpolitikerin. Mit einem Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einer nationalen Weiterbildungsstrategie werden die Weiterbildungsprogramme des Bundes und der Länder besser gebündelt. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in den Pflegeberufen spürbar verbessert und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um in der Altenpflege leichter zu einem flächendeckend gültigen Tarifvertrag zu kommen.

Die Bundestagsabgeordnete betont: „Mit all diesen Maßnahmen machen wir uns nicht nur stark für gute Arbeit, sondern sorgen für eine verlässliche und gute Rente.“

LINK: www.hiller-ohm.de/presse/hiller-ohm-begruesst-beschlossene-rentenerhoehung-fordert-verbesserungen